



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/83

11. April 1950

Hinweise auf den Inhalt:

Drei Gesetze auf dem Petersberg	S.1
SED-Funktionäre zu Zwangsarbeit in Russland	S.2
Amerikas Problem Nr.1 - Die Kommunistenfrage	S.3
Zur Heimkehr verurteilter Kriegsgefangener	S.5
Nachrichten aus der Ostzone	S.6

Drei Gesetze auf dem Petersberg

A.M. Drei wichtige Gesetze, von Bundestag und Bundesrat bereits verabschiedet, liegen zur letzten Genehmigung bei der alliierten Hohen Kommission auf dem Petersberg. Sie werden nicht ohne Spannung zurückerwartet. Als erstes das Wohnungsbaugesetz, das wahrscheinlich den geringsten Schwierigkeiten begegnen wird. Schwieriger wird es mit dem Einkommensteuer-Gesetz, wonach durch Senkung der Tarife rund eine Milliarde DM Einkommensteuer weniger erhoben wird. Nicht ohne Grund werden die Hohen Kommissare fragen, womit der Bund seine hohen Ausgaben bezahlen will, wenn er die Steuern senkt, zumal mittlerweile bekannt geworden ist, dass zur Deckung des Haushalts für 1950/51 rund vier Milliarden fehlen.

Die Hohen Kommissare werden auf Etatsgleich bestehen; man wird sich also zu einem Kompromiss entschliessen und neue Steuern erfinden müssen, um die Milliarde wieder hereinzuholen.

Vom amerikanischen Hohen Kommissar wird geltend gemacht, dass in Amerika die Steuern erhöht würden, um die Hilfeleistungen an

Europa, darunter auch an Deutschland, zu finanzieren und dass es in Amerika Verwunderung auslösen würde, wenn in Deutschland die Steuern

ern gesenkt werden. Schliesslich hat ausgerechnet der wissenschaftliche Beirat des Bundesfinanzministeriums Bedenken geäussert, die

bei der Hohen Kommission Beachtung gefunden haben. Der wissenschaftliche Beirat möchte, dass die eine Milliarde Steuern, die eingespart wird, nicht in den Händen der Privatwirtschaft bleibt, weil man befürchtet, dass das Geld zu Fehlinvestitionen oder zu wirtschaftlichen Anhäufungen verleitet. Man hat als Ausweg eine Art Zwangssparkasse vorgeschlagen, ohne dass darüber bisher entschieden worden wäre.

Das dritte Gesetz, das wahrscheinlich auch nicht ohne Schwierigkeiten die kritisch prüfenden Augen der Hohen Kommission passieren wird, ist das vorläufige Beamtengesetz. Es soll an die Stelle des Militärgesetzes Nr.15 treten, bis das endgültige Bundesbeamten-Gesetz beschlossen wird. Man weiss, dass vor allem die Amerikaner mit dem Militärgesetz Nr.15 einiges am deutschen Beamtentum ändern wollten, was ihnen nicht gefallen hat. Das alliierte Gesetz wollte weniger Bürokratie und mehr Demokratie. Und nun liegt den Kommissaren das Übergangsgesetz vor, das in herkömmlicher Weise nach dem Muster des deutschen Beamtengesetzes von 1937 die Rechte und Pflichten der Beamten regelt und alles das wieder beseitigt, was die Amerikaner einführen wollten. Dass die Hohen Kommissare einem solchen Gesetz skeptisch gegenüberstehen, ist nicht zu verwundern. Über dieses vorläufige Beamtengesetz wird, gleichgültig ob es von den Kommissaren genehmigt oder verworfen wird, nicht mehr gross gesprochen werden. Denn für das endgültige Bundesbeamten-Gesetz liegt dem Bundestag bereits ein Entwurf vor und der Beamtenrechts-Ausschuss hat sich in den zahlreichen Sitzungen der letzten Woche bereits eingehend damit beschäftigt.

- o - o -

SED-Funktionäre zu Zwangsarbeit in Russland.

sp. 80 SED-Funktionäre, die bereits wegen politischer Unzuverlässigkeit im Kz Sachsenhausen in Haft sassen, wurden durch Fernurteile aus Moskau mit 10 Jahren Zwangsaufenthalt in der Sowjetunion bestraft. 13 Funktionäre kamen, wie die Kriegsgefangen-hilfe der SPD jetzt von Heimkehrern erfuhr, in das Gefängnis in Gorki, wo sie mit deutschen Kriegsgefangenen zusammentrafen. Unter anderen befand sich unter ihnen der Sekretär der kommunistischen Eisenbahnergewerkschaft im FDGB, Plutha, aus Berlin-Charlottenburg.

- o - o -

Amerikas Problem Nr. 1

 Von unserem Korrespondenten in USA

H. St., Washington

Seit Jahr und Tag, ungefähr seit dem Beginn des "Kalten Krieges" kurz nach Kriegsende, befindet sich Amerika in entschlossener Abwehr-

stellung gegen den Kommunismus; und die Erkenntnis der Notwendigkeit einer solchen entschlossenen Abwehr hat sich langsam aber sicher auch

im allgemeinen Volksbewusstsein fest durchgesetzt. Die dauernden Versuche russischer Spionage in den amerikanischen Atom-Forschungsstät-

ten seit fünf Jahren haben die Notwendigkeit dieser Abwehrhaltung genügend deutlich illustriert. Aber diese notwendige Haltung ist als-

bald über das Ziel hinausgeschossen, jeden Sinn für Mass und Grenzen verlierend. Aus dem sicherlich zu rechtfertigenden Abbau kommunisti-

scher Lehrer wurde eine Jagd nach allen Universitätsprofessoren, die irgend wann einmal, sei es auch lange vor dem Kriege, ihren Namen

einer der zahlreichen kommunistisch-infiltrierten "Front-Organisationen" geliehen hatten, und ein rabiater Kongressabgeordneter aus dem

Süden verlangte sogar die sofortige Ausweisung von Albert Einstein. Im Kongress liegt ein Gesetzentwurf vor, der das völlige Verbot der-

durchaus kleinen und einflusslosen-Kommunistischen Partei Amerikas vorsieht; und gegen die Warnungen vieler besonnener Leute (z.B. Präsi-

dent Trumans), dass damit nichts erreicht wäre, fordern zahllose Stimmen die Verabschiedung dieses Entwurfes.

Die Hearst-Presse und andere populäre Blätter, mit deren Sachlichkeit nicht viel Staat zu machen ist, sind inzwischen längst viel

weitergegangen: in ihren Augen sind alle Sozialisten, Gewerkschaftler, freiheitliche Liberale, christliche Sozialreformer, Befürworter bäuer-

licher Bodenreform u.dgl., ebenso suspekt wie linientreue Anhänger Moskaus, und sie fordern eine radikale Säuberung. Die Kampagne trägt

Früchte: täglich laufen bei allen Kongressabgeordneten Dutzende von

Briefen aus ihren Wahlkreisen ein, die energische Maßnahmen gegen die "Roten" fördern. Amerika hätte seine Tore für die europäischen

"Displaced Persons" viel weiter geöffnet, hätte nicht eine raffinierte Flüsterpropaganda das Gerücht in Umlauf gesetzt, dass es unter die-

sen "Displaced Persons" von kommunistischen Geheimagenten wimmelte. Höhere Beamte des Staatsdepartements, die fälschlich als "Kopplizen

Moskaus" bezeichnet wurden, beklagen sich darüber, dass sie massenhaft anonyme Drohbriefe erhalten, dass ihre Frauen und Kinder auf der Stra-

se belästigt werden und dass unter ihren Nachbarn Petitionen zirkulieren, die die "Ausweisung" dieser "staatsgefährlichen Familie" aus

dem betreffenden Stadtteil fordern.

Präsident Truman warnt seit Jahr und Tag gegen die Auswüchse und hässlichen Übertreibungen dieser Kommunistenjagd, und die besonnenen und ernsthaften grossen Zeitungen, wie die "New York Herald Tribune", die "New York Times" und die "Washington Post", unterstützen

ihn dabei. Sehr zögernd sind vor allem auch die Gerichte, die ja in Amerika als "Hüter der Verfassung" eine viel grössere Rolle spielen

als in Europa; "man kann die amerikanischen Freiheiten nicht schützen" erklärte ein höheres Gericht kürzlich, "indem man sie preisgibt", -

d.h. indem man Polizeiüberwachungen und Gesinnungsprüfungen einführt, die der amerikanischen Tradition fremd sind. Es besteht einige Hoff-

nung für die Annahme, daß diese besonnene nüchterne Haltung schließlich die Oberhand behalten wird.

Vorläufig schweben die gesetzgebenden Instanzen freilich in Gesetzentwürfen, die über dies lobenswerte Ziel hinausschiessen

und Polizei-Allmacht, Gesinnungsschnüffelei und Denunziantentum einführen würden. Ein solches Gesetz zwingt z.B. das neue Landesinsti-

tut zur Förderung der Wissenschaften, von jedem Gelehrten, den es anstellen oder fördern will, ein ausführliches "Dossier" der Bundes-

polizei vorzulegen, um sicher zu sein, dass kein neuer Fall "Dr. Fuchs" entsteht. Die Bundespolizei selber hat erklärt, daß sie nicht bereit

ist, ein solches Dossier zu prüfen, sondern nur die Namen der Gelehrten zu notieren, die in der Liste vorkommen.

sei, so weitgehende Befugnisse zu unternehmen; sie sei nicht dazu da, "zugleich Detektiv, Richter und Geschworenenbank für namhafte Forscher" zu sein; - und man darf annehmen, dass Präsident Truman gegen dieses Gesetz, wenn es vom Kongress in dieser Form verabschiedet wird, sein Veto einlegen wird.

Man braucht gewiss noch längst nicht zu verzweifeln. Amerika wird kein Diktaturstaat werden, und Gestapo und G.P.U. werden sich auf absehbare Zeit auf amerikanischem Boden nicht imitieren lassen. Aber das ist ein unzureichender Trost: Amerikas Stärke in der Welt ist die Ehrlichkeit seiner freiheitlichen Gesinnung und die Beharrlichkeit seines Festhaltens an Menschenrechten und Freiheitsidealen. Wird diese Stärke von innen heraus geschwächt und beeinträchtigt, so erwächst dadurch dem Ansehen Amerikas bei allen Völkern der Erde mehr Schaden, als die geschicktesten Rundfunksprecher Moskaus und Agenten der Kominform zustandebringen könnten.

- - - - -

Es gibt noch mehr Kriegsgefangene.

-dt. Nach längerer Unterbrechung treffen in Westdeutschland wieder Heimkehrertransporte aus Russland ein. Es sind fast ausschließlich Kriegsgefangene, die im vergangenen Jahr von sowjetischen Gerichten zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, oft bis zu 25 Jahren Zwangsarbeit. Die Gründe für die Urteile sind bekannt; die Anklagepunkte waren so dünn und fadenscheinig, dass auch der ärgste Propagandarummel nicht die dahintersteckende russische Absicht verdecken konnte, aus den Kriegsgefangenen eine Zivilarmee von Arbeitsklaven zu machen.

In der Zeit vor und nach Weihnachten, als die an den Haaren herbeigezogenen Prozesse in den Kriegsgefangenenlagern einen Höhepunkt erreichten, erhob sich in Deutschland ein Proteststurm. Und siehe, das Moskauer Regime, das sonst so souverän die öffentliche Meinung der Welt verachtet, blieb gegenüber diesen Protesten nicht immun. Vielleicht mag bei der jetzigen Entlassungen die Absicht mitgespielt haben, für das Ostzonenregime in Westdeutschland Reklame zu machen, ja, vielleicht wurden diese sogenannten Prozesse überhaupt nur inszeniert, um eines Tages mit "Gnadenakten" auf die

deutsche Innenpolitik Einfluss zu nehmen - zwei Tatsachen lassen sich aber nicht aus der Welt schaffen: dass gegen diese Art Justiz laut protestiert worden ist und dass die Proteste Erfolg hatten.

Daraus ist eine Lehre zu ziehen, die für die Zukunft von Bedeutung ist: Der Kreaml ist nicht unempfindlich gegenüber Protestaktionen, die Hand und Fuss haben. Diese Erkenntnis ist eine wertvolle Hilfe im Kampf um die deutschen Kriegsgefangenen. Denn selbst wenn 60.000 Mann entlassen worden, wie den Heimkehrern einheitlich gesagt wurde, ist dieses traurige Kapitel noch lange nicht abgeschlossen. Es gibt ausser diesen 60.000 Mann noch Hunderttausende von ehemaligen Soldaten und zivilverschleppten Frauen, Männern und Jugendlichen, die irgendwo im weiten Russland gefangen gehalten werden. Aus den Erzählungen der jetzigen Heimkehrer ergeben sich immer neue Anhaltspunkte dafür. Für die Befreiung dieser Menschen die Stimme zu erheben, muss die vornehmste Aufgabe aller sein, die eine Stimme erheben können; von der kleinsten Zeitung bis zum Bundestag, von den Heimkehrerorganisationen bis zu den höchsten Staatsstellen. Besonders dem Bundeskanzleramt mit seinen Verbindungen zur alliierten Hohen Kommission öffnet sich hier ein weites Feld.

- o - o -

Geraubte Lebensmittel für die FDJ.

(sp. Magdeburg) Im Stadt- und Landbezirk Magdeburg finden gegenwärtig umfangreiche kriminalpolizeiliche Haussuchungen bei allen illegalen Grenzgängern und ständigen Berlinfahrern statt. Dabei werden alle etwa vorhandenen Vorräte an Lebensmitteln beschlagnahmt. Diese Lebensmittel sind für FDJ-Einheiten bestimmt, die jetzt als Arbeitskolonnen das Pfingsttreffen vorbereiten.

- -

Aus dem "Arbeiterparadies".

(sp. Halle/Saale) Der Rohmaterialmangel in fast allen ostzonalen Grossbetrieben macht sich durch ständige Arbeiterentlassungen bemerkbar. Um dieser Entwicklung vorzubeugen, ist für die Arbeitsämter in Sachsen-Anhalt die ausdrückliche Anweisung ergangen, allen neuen Erwerbslosen das Angebot eines freiwilligen Arbeitseinsatzes in Aue schriftlich vorzulegen. Eine Ablehnung bedeutet aber gleichzeitig den Verzicht auf Erwerbslosenunterstützung. Im schriftlichen Arbeitsangebot für Aue heisst es nämlich wörtlich: Ich verzichte freiwillig auf einen Arbeitseinsatz in Aue und damit auch freiwillig auf eine Erwerbslosenunterstützung.- Dieses Verfahren ist keine schlechte Illustrierung des Begriffes "Arbeiterparadies", als welches die Verhältnisse in der sowjetischen Zone immer wieder von der östlichen Propaganda hingestellt werden.

- o - o -

Verantwortlich: Peter Raunau